



NEWSLETTER

No. 1 ♦ Februar 2008

www.dielinke-viersen.de

Viersen ++ Willich ++ Nettetal ++ Kempen ++ Tönisvorst ++ Schwalmtal ++ Brüggen ++ Grefrath ++ Niederkrüchten

MdB Sevim Dağdelen zum Thema Migration vor vollem Haus

„Leitkultur“ oder soziale Gerechtigkeit?

Die Migrationsexpertin ihrer Fraktion stellte drei Kernpunkte linker Integrationspolitik heraus: Rechtliche Gleichstellung, soziale Partizipation, Überwindung gesellschaftlicher Ausgrenzung. Sie griff die Große Koalition für ihre rein an Wirtschaftsinteressen ausgerichtete Flüchtlingspolitik scharf an. In der Diskussion ging es um nur anscheinende Verbesserungen im Bleiberecht, Erfahrungen mit Selektion im Schulwesen und Vorkommnisse um die Brügger Diskothek Brösel. Zum Abschluss gab es viel Beifall, zufriedene Teilnehmer und positive Stimmen. Mitte April folgt die nächste Veranstaltung zum Thema „Bildungspolitik“.



Von links: Britta Pietsch, Mitglied des Bundesvorstandes, MdB Sevim Dağdelen, Pressesprecher Christian Stadter und Christian Funck, einer der Sprecher DIE LINKE. KV Viersen

Noch vor einigen Monaten, in Zeiten von Integrations- und Islamkonferenz seien sich alle politischen Parteien anscheinend einig gewesen, dass man mit starkem Einsatz für ein besseres Miteinander eintreten müsse. „Der Landtags-Wahlkampf in Hessen hat die Zeit wieder zurück gedreht und die Fronten offen gelegt“, begann MdB Dağdelen ihren Vortrag. „So wurde dem friedlichen Zusammenleben in Deutschland Schaden zugefügt.“ Seitdem werde am liebsten über kriminelle Ausländer und Abschiebung gesprochen. Das Thema Jugendgewalt eigne sich bestens, um die Verlogenheit der großen Parteien zu zeigen.

Ausländische Herkunft allein führe nicht zu mehr Gewalt und Kriminalität. Der Grund sei in bestimmten Milieus zu suchen, die Gewaltpotenziale fördern. Wer in armen Verhältnissen und ohne Zukunftsperspektive aufwache, neige schneller zu Gewalt als gutbürgerliche Jugendliche. Die Referentin zitierte mehrfach Untersuchungen: Alle Experten seien sich einig, dass man Jugendgewalt nicht mit Bootcamps und erst recht nicht mit Abschiebungen lösen könne. Jugendliche, auch migrantische, brauchten gute Bildung, Ausbildung und Arbeit. Statt dieser Wahrheit ins Auge zu sehen, schwafelten Politiker wie Koch von gescheiterter Integration und der Bringschuld der Ausländer.

Bankrotterklärung der Bundesregierung

So wolle man davon ablenken, dass die Politik jahrzehntelang nichts für Integration getan habe. Wie sehr Migranten heute benachteiligt seien, belege der Bericht zur Lage von Ausländern, der Integrationsministerin Maria Böhmer vom Dezember. Dağdelens Urteil fiel vernichtend aus:

„Er ist eine Bankrotterklärung“, das zeigten zentrale Ergebnisse, wie die dort „dramatisch“ genannten schlechten Chancen für Zuwanderer in der Schule und auf dem Arbeitsmarkt:

Können wir Marx schlagen?

Im Herbst 1842 zog Karl Marx nach Köln und übernahm die Redaktionsleitung der Rheinischen Zeitung, einer pro-demokratischen, reformistischen Publikation der aufkommenden oppositionellen rheinischen Bourgeoisie gegenüber dem preußischen Absolutismus.

Unter seiner Chefredaktion formulierte die RZ schnell radikale, revolutionäre demokratische Ideen. Damals hoffte die Regierung, die Rheinische Zeitung würde bald eingehen, denn sie wies eine Auflage von nur 885 Exemplaren auf, doch ihr gelang eine damals in Deutschland beispiellose Auflagensteigerung: Im Januar 1843 zählte sie 3.400 Abonnenten. (Nach wikipedia)

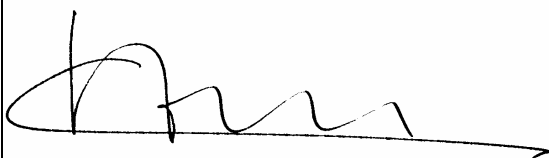
Wir starten mit einer Auflagenzahl von nur 175 „Exemplaren“, das sind die Email-Adressen an welche wir zunächst versenden. Was Sie vielleicht für einen luxuriösen Aufwand halten ergibt Sinn, wenn man einmal versucht hat, für DIE LINKE. bei den hier im Kreis erscheinenden Publikationen eine Veranstaltungsankündigung unterzubringen.

Doch nicht nur diesen Organen und ihrer Totschweigetaktilik verdanken Sie das neue Projekt. Geschuldet ist es unserem Anspruch, als außerparlamentarische Kraft an der Seite von Bewegungen und Initiativen zu stehen und mit an deren Vernetzung zu arbeiten, weshalb Sie auf der letzten Seite jeweils den Steckbrief einer hier im Kreis aktiven außerparlamentarischen Organisation finden. Zu unserem Verständnis gehört auch der Aufbau von Gegenöffentlichkeit zu den bürgerlichen Medien, ein Element demokratischer Eigeninitiative.

Dabei können Sie helfen, denn wir sind an einer regen Verbreitung des NEWSLETTER interessiert. Schicken Sie ihn weiter an Freunde und Bekannte, teilen Sie uns Email-Adressen von Interessierten mit.

So sind die 175 Adressaten, mit denen wir starten, in doppeltem Sinne nur der Anfang. Wir wollen von uns aus den Versand vervielfachen und Sie können eigenständig mithelfen. Dann werden wir bald wissen, ob wir Karl Marx mit seiner Vervielfachung der Auflage in nur einem halben Jahr schlagen können. Ich wette, er wäre uns nicht böse.

Ihr



Christian Stadter
Pressesprecher DIE LINKE. Kreis Viersen

„Leitkultur“ oder soziale ...

- 7,5 Prozent der Ausländerkinder verlassen die Schule ohne Abschluss
- 40 Prozent der Jugendlichen aus Ausländerfamilien haben derzeit keinerlei Berufsausbildung
- 72 Prozent der in Deutschland lebenden Türken verfügen über keine berufliche Qualifizierung

Um diese massive Benachteiligung zu beheben, müsse viel Geld in die Bildung investiert, das mehrgliedrige Schulsystem abgeschafft, die Unternehmen gezwungen werden, Ausbildungsplätze zu schaffen und eine gute Arbeitsmarktpolitik betrieben werden. Doch die Bundesregierung bevorzuge den für sie leichteren Weg, Probleme den Betroffenen zuzuschreiben, den Eindruck zu vermitteln, sie seien selbst an ihrer Lage schuld. So scheine nicht ihre soziale Situation entscheidend, sondern ihre kulturellen Werte.

Ängste schüren, Vorurteile verfestigen

Sie erläuterte dies am Beispiel des Propagandabegriffs der Parallelgesellschaft. Dabei gehe es vor allem um kulturelle, speziell religiöse Merkmale, v. a. bei Muslimen. Diese brächten kulturell-eigentätig, gewissermaßen absichtsvoll parallelgesellschaftliche Strukturen hervor.

Dağdelen erläuterte: „Dieser Begriff ist anschaulich, er appelliert an die Gefühlswelt. So entfaltet er Wirkungskraft. Um Einwanderungsprobleme zu dramatisieren, wird der Gruppe der Muslime jede soziale, ökonomische, politische und kulturelle Unterschiedlichkeit abgesprochen, ihr einheitlicher Charakter behauptet, so dass dieser vorgeblich einheitlichen Gruppe alle Integrationsprobleme als Handlung und aktive Verursachung zugeschrieben werden können.“

Dabei werde vergessen gemacht, dass ein deutschstämmiger Hartz IV-Empfänger mit einem Migranten in ähnlicher Lage allemal mehr gemeinsam habe, als mit einem Herrn Ackermann. So werde eine grundsätzliche Andersartigkeit behauptet, also könne es keine abgestuften Übergänge von „unserer“ Gesellschaft in die so genannte Parallelgesellschaft geben.

Die Abgeordnete fasste zusammen: „Die Merkmale der so genannten Parallelgesellschaft müssen daher zwangsläufig zum Konzept des Feindlichen und des Feindes führen. Migranten in Deutschland werden als Bedrohung der Gesellschaft wahrgenommen.“

„Vom grünlinken Multikulturalismus geht heute die größere Gefahr für unser Gemeinwesen aus.“

Die Welt zur Debatte in der Union, ob man gegen Mindestlohn oder kriminelle Ausländer kämpfen sollte

Die Debatte um die Ausschreitungen in den französischen Vororten war der deutlichste Beleg dafür. Migranten haben nach dieser Logik Probleme, weil sie die falschen kulturellen Werte haben. Damit widersprechen die Wortführer einer solchen Integrationspolitik allen wissenschaftlichen Erkenntnissen.“

Die Sinus-Studie ...

untersuchte die Lebenswelten von Menschen mit Migrationshintergrund hierzulande.

Die zentralen Ergebnisse sind:

- Menschen mit Migrationshintergrund sind keine soziokulturell homogene Gruppe. Vielmehr zeigt sich eine vielfältige und differenzierte Milieulandschaft.
- Menschen des gleichen Milieus mit unterschiedlichem Migrationshintergrund verbindet mehr miteinander als mit dem Rest ihrer Landsleute aus anderen Milieus.
- Man kann also nicht von der Herkunftskultur auf das Milieu schließen und auch nicht umgekehrt.
- Der Integrationsgrad ist wesentlich bildungs- und herkunftsabhängig: Je höher das Bildungsniveau und je urbaner die Herkunftsregion, desto leichter und besser gelingt eine Integration in die Aufnahmegesellschaft.

Anforderungen an eine linke Integrationspolitik

Erfolgreiche Integrationspolitik müsse einen ganzheitlichen Ansatz verfolgen. „Das heißt für uns, gleichberechtigte politische, soziale und gesellschaftliche Partizipation aller Menschen. Integration ist für uns also eine soziale Frage.“

1. Für den rechtlichen Status eines Menschen müsse Herkunft und Zugehörigkeit ohne Bedeutung sein. Ziel sei das Prinzip einer Wohnbürgerschaft, die politischen Rechte würden dort gewährleistet, wo der Lebensmittelpunkt ist.

So gelte es, rechtliche Hemmnisse zu überwinden, staatsbürgerliche Rechte wesentlich leichter zugänglich zu machen, bzw. sie unabhängig von der Staatsangehörigkeit zu gewähren. Daraus leite sich die Forderung nach radikaler Erleichterung der Einbürgerung und als erster Schritt die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger ab.

2. Soziale Partizipation bedeute, den Zustand zu erreichen, „dass Migranten und Deutsche gleiche Bildungserfolge und gleiche Erwerbsszahlen haben.

Das mehrgliedrige Schulsystem muss wegen seines sozialen Selektionscharakters, den sowohl UN-Sonderberichterstatte Vernor Munoz als auch die PISA-Studien festgestellt haben, überwunden werden.“ Jedes Kind müsse seinem Bedarf nach gefördert werden, wozu auch die Sprachkompetenzen gehörten. Dağdelen forder-



te eine Ausbildungsumlage, bei der nichtausbildende Betriebe zur Kasse gebeten werden und eine bessere Berufsberatung.

3. Gegenüber Diskriminierungen sei das entsprechende Gesetz zu schwach. Weiterhin setze sich DIE LINKE. dafür ein, Benachteiligungen auf Grund der sozialen Herkunft als Diskriminierungstatbestand wahrzunehmen. Der Anwendungsbereich des Gesetzes müsse um die Diskriminierungsgründe „Hautfarbe“, „Sprache“, „Nationalität“ sowie „Staatsangehörigkeit“ erweitert werden. Zudem fehle ein Verbandsklagerecht, das die Einklagung sehr viel wirksamer machen würde.

Dağdelen schloss: „Es ist ein Skandal, dass wir keine flächendeckende Infrastruktur an Beratungsstellen haben. Unternehmen und Personen, die Menschen diskriminieren, brauchen keine Angst vor großen Sanktionen zu haben. Mögliche Strafen sind lächerlich gering.“

In der Diskussion kam u. a. zur Sprache, dass in den vergangenen Jahren ca. 17.000 Menschen bei dem Versuch ertranken, über das Mittelmeer Europa zu erreichen. Frühere Einbürgerungsaktionen in Frankreich und Spanien, die illegal im Land Lebenden ein normales Leben ermöglicht hatten, seien auf Druck von Innenminister Schäuble beendet worden. Damit werde die repressive Flüchtlingspolitik der Bundesregierung an die Grenzen der EU getragen. Die Bleiberechtsregelung der Innenministerkonferenz, sehe vor, dass nur die bleiben dürfen, die es schaffen, bis 2009 einen Arbeitsplatz nachzuweisen. Damit würden soziale und Probleme des Arbeitsmarktes wiederum den Flüchtlingen zugeschoben und Menschen, die einen Anspruch auf Hilfe hätten, auf die Frage ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit reduziert.

Interessiert am vollständigen Migrationskonzept der Fraktion DIE LINKE. im deutschen Bundestag, das in Zusammenarbeit mit Experten aus NGOs erarbeitet wurde? Bestellen Sie hier und die PDF-Datei ist schon so gut wie bei Ihnen:
christian.stadter@gmx.de

Von wegen: „Politiker sind doch alle gleich ...“

DIE LINKE. hält Wort im Deutschen Bundestag

Hier finden Sie eine ausgewählte parlamentarische Initiativen der Fraktion DIE LINKE. Sie hält im Bundestag, was sie versprochen hat, denn sie tritt konsequent für soziale Gerechtigkeit und friedliche Außenpolitik ein. Dies und das Abstimmungsverhalten anderer Fraktionen im Vergleich mit deren Versprechungen aus den Wahlkämpfen, überlassen wir getrost dem Urteil unserer Leserinnen und Leser.

Rentenabschläge für Langzeitarbeitslose verhindern, 14.12.07

Abgestimmt wird über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Der Ausschuss empfiehlt den Mitgliedern des Bundestages, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen, d.h. alle Nein-Stimmen unterstützen den Antrag, in dem DIE LINKE. fordert, Rentenabschläge für Langzeitarbeitslose zu verhindern.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	185	0	0
SPD	199	0	0
FDP	44	0	0
DIE LINKE	0	49	0
B90/Grüne	0	42	0

Entfernungspauschale vollst. anerkennen, 8.11.07

Abgestimmt wird über die Beschlussempfehlung des Finanzausschusses. Er den Mitgliedern des Bundestages, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen, d.h. alle Nein-Stimmen unterstützen den Antrag, in dem DIE LINKE. fordert, die Entfernungspauschale vollständig anzuerkennen.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	202	0	0
SPD	190	0	0
FDP	0	0	50
DIE LINKE	0	39	1
B90/Grüne	43	0	0

Maßlose Vorstandsgehälter eindämmen, 16.11.07

Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE. zur Änderung des Aktiengesetzes

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	0	191	0
SPD	0	195	0
FDP	0	54	0
DIE LINKE	48	0	0
B90/Grüne	0	41	5

Helfen Sie mit, Marx zu schlagen!

Sie kennen interessierte Leserinnen und Leser für unseren Verteiler? christian.stadter@gmx.de

Deutschland braucht Mindestlöhne, 14.06.07

Abgestimmt wird über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Der Ausschuss empfiehlt den Mitgliedern des Bundestages, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen, d.h. alle Nein-Stimmen unterstützen den Antrag, in dem DIE LINKE. fordert: »Deutschland braucht Mindestlöhne«.

Impressum

V.i.S.d.P.: Christian Stadter,
Pressesprecher KV Viersen,
Moselstr. 23, 41751 Viersen
christian.stadter@gmx.de

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	200	0	0
SPD	193	4	1
FDP	38	0	0
DIE LINKE	0	49	0
B90/Grüne	0	46	0

**Entsendung von Bundeswehr-Tornados nach
Afghanistan Antrag der Bundesregierung, 09.03.07**

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	203	5	3
SPD	133	69	2
FDP	43	9	2
DIE LINKE	0	51	0
B90/Grüne	26	21	4

**Rente mit 67, Gesetzentwurf der Bundesregierung,
09.03.07**

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	215	0	0
SPD	193	11	4
FDP	0	54	0
DIE LINKE	0	51	0
B90/Grüne	0	51	0

Mindestlohnregelung einführen, 01.06.06

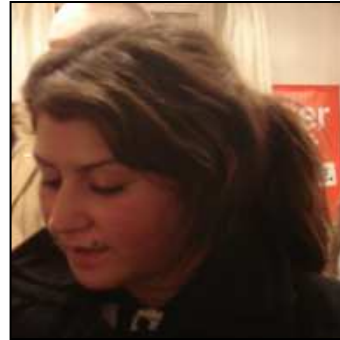
Abgestimmt wird über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Der Ausschuss empfiehlt den Mitgliedern des Bundestages, den Antrag der Fraktion DIE LINKE abzulehnen, d.h. alle Nein-Stimmen unterstützen den Antrag, in dem DIE LINKE die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland fordert.

Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
CDU/CSU	209	0	0
SPD	202	1	1
FDP	59	0	0
DIE LINKE	0	48	0
B90/Grüne	50	0	0

Jetzt online Ihre Mitgliedschaft beantragen:

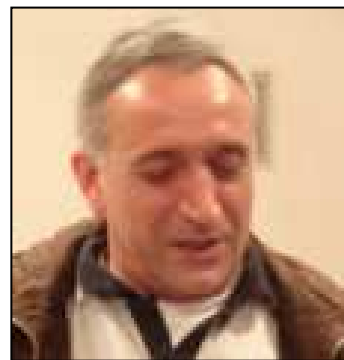
dielinkeviersen@aol.com

Stimmen zur Veranstaltung mit MdB Sevim Dağdelen



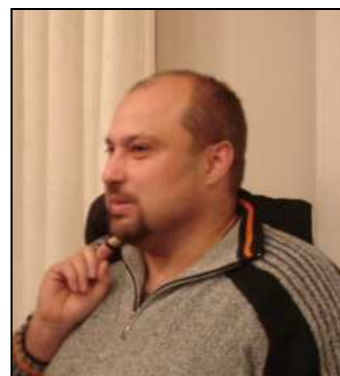
Hasret Koc

„Ich fand's super, habe viel mitgenommen und dazu gelernt. Gerade die Diskussion um die Benachteiligung von Migrantenkindern an den Schulen war für mich sehr interessant, ich habe den Eindruck, dass sich unser Schulsystem in der Frage der Durchlässigkeit eher zurückgebildet hat.“



Hasan Keser

„Leider habe ich erst spät von der Veranstaltung erfahren. Es mir gut gefallen, ich bin begeistert und würde mir wünschen, dass die linken Parteien in Deutschland mehr zusammenarbeiten.“



Klaus Pesch

„Solch eine Veranstaltung habe ich von den anderen Parteien hier im Kreis noch nicht gesehen. Interessant fand ich, dass die Diskussion nicht auf den Streit um Werte hinauslief, sondern sich um soziale Faktoren drehte.“

Zitate zu den Wahlen in Hessen und Niedersachsen

„Nachher ist man immer schlauer.“

Wenn wir Leute haben, die nach Einbruch der Dunkelheit Angst haben, auf die Straße zu gehen, dann kann sich ein Staat mit so etwas nicht abfinden.

*Bundeskanzlerin **Angela Merkel** beim Auftakt zum Landtagswahlkampf der niedersächsischen CDU in Braunschweig*

Wer hätte 1989 daran gedacht, daß sich die SED 20 Jahre später wieder anschickt, an die Macht zu gelangen.

*Warnung der Ex-DDR-Bürgerrechtlerin **Vera Lengsfeld** vor einem Wahlerfolg der Linken in Hessen, zitiert in der Frankfurter Allgemeinen*

Man merkt an der guten Debatte über Wehrhaftigkeit gegen Jungkriminelle beispielhaft, wie sich die SPD zurückentwickelt zu ihrer alten Gewohnheit, als »rechts« zu verunglimpfen, was in Wahrheit dem Wunsch der billig und recht Denkenden in der Mitte der Gesellschaft entspricht.

*Kommentar **Rheinische Post***

Die SPD hat die Wahl eigentlich schon gewonnen, unabhängig vom Wahlausgang.

*Der Fraktionsgeschäftsführer der SPD im Bundestag, **Thomas Oppermann**, vor Journalisten in Berlin zur bevorstehenden Landtagswahl in Hessen*

Die Jugendgewaltdebatte ist eine Kampagne der Anti-Aufklärung geworden, an deren Ende die Prügelstrafe wartet.

*Aus einem Kommentar von **Heribert Prantl** in der Süddeutschen Zeitung*

Koch ist ein schießwütiger Gewalttäter und gesellschaftlicher Spalter und Brandstifter.

***Willi van Ooyen**, Spitzenkandidat DIE LINKE.*

In Wahrheit sind beide Volksparteien längst Getriebene der Linkspartei.

*Leitartikel im **Handelsblatt***

Ist der Durchmarsch der SED-Alt-kader, DDR-Nostalgiker und der sozialistischen Racheengel à la Lafontaine noch zu stoppen?

*Nach der Wahl von Panik ergriffener Kommentator in der **Bild-Zeitung***

Steckbrief

RosaLuxemburg Stiftung
NRW



Gegründet:	1996
Rechtsform:	e.V
Aufbau:	Vorstand, Beirat, Mitarbeiter, Ehrenamtl.
Anschrift:	Siegstr. 15 47051 Duisburg
Zweck:	In den Traditionen des demokratischen Sozialismus wissenschaftliche Diskussionen und Erkenntnisse fördern und politisch nutzbar machen, kritisches Denken und emanzipatorisches Handeln anregen.
Ziele:	Unsere Veranstaltungen sollen dazu beitragen, dass sich Menschen selbstbewusst und kompetent politisch einmischen.
Angebote:	Programm anfordern www.rls-nrw.de
Finanzierung:	Staatlich und Spenden
Nächste Termine:	Die Sozialistische Partei in den Niederlanden: Muster einer modernen linken Partei? 21.2. Düsseldorf Partei und/oder soziale Bewegung. Gemeinsamkeiten, Trennendes, Perspektiven 23.2. Düsseldorf
Kontakt:	post@rls-nrw.de



• Vorausschau Newsletter No 2

- Neues zu Brösel in Brüggen
- Internationaler Frauentag 8. März

• Nächste

Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 05.03.08, 19:00 Uhr
"Bei Aleks", Remigiusplatz 8,
41747 Viersen